

INHALT

17. Tiroler Gemeindeordnung 2001 –
ein Überblick für neue Gemeinderäte

*Verbraucherpreisindex für März 2010
(vorläufiges Ergebnis)*

18. Buchhinweis: Kommentar zur Tiroler
Gemeindeordnung 2001 und Ergänzungsband

17.

Tiroler Gemeindeordnung 2001 – ein Überblick für neue Gemeinderäte

Das Gesetz über die Regelung des Gemeindewesens in Tirol (**Tiroler Gemeindeordnung 2001**), LGBL Nr. 36, in der Fassung der Gesetze LGBL Nr. 43/2003 und 90/2005, gilt für alle Gemeinden Tirols mit Ausnahme der Landeshauptstadt Innsbruck.

Die Landeshauptstadt Innsbruck hat ein eigenes Stadtrecht. Sie unterscheidet sich von den übrigen 278 Gemeinden Tirols insbesondere dadurch, dass sie gleichzeitig Gemeinde und politischer Bezirk und der Bürgermeister im übertragenen Wirkungsbereich zusätzlich Bezirksverwaltungsbehörde ist.

Die Tiroler Gemeindeordnung 2001 enthält im I. Teil Regelungen über die Gemeinden (im 1. Abschnitt über die Gemeinden und ihre Aufgaben, im 2. Abschnitt über die Gemeindeorgane und im 3. Abschnitt über die Volksbefragung, Gemeindeversammlung und Petitionen), im II. Teil Regelungen über die Gemeindeverbände und im III. Teil Schlussbestimmungen. Diese Regelungen werden in der Folge vorgestellt und besprochen.

DIE GEMEINDE UND IHRE AUFGABEN

Die Gemeinde ist **Gebietskörperschaft mit dem Recht auf Selbstverwaltung und selbstständiger Wirtschaftskörper**.

Als **Gebietskörperschaft** hat sie, vergleichbar mit dem Bund und den neun Ländern, ein Gemeindegebiet, eine Herrschaftsgewalt über ihr Gebiet und die Menschen, die dort wohnen oder sich dort aufhalten, und eine subsidiäre Allzuständigkeit.

Das **Recht auf Selbstverwaltung** äußert sich in der der Gemeinde verfassungsgesetzlich gewährleisteten

Wahrnehmung der Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches durch ihre eigenen, durch Wahlen demokratisch legitimierten Organe.

Als **selbstständiger Wirtschaftskörper** ist die Gemeinde **juristische Person** des öffentlichen Rechts.

Sie hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Bundes- und Landesgesetze Vermögen aller Art zu besitzen, zu erwerben und darüber zu verfügen und wirtschaftliche Unternehmen zu betreiben. Sie ist **Trägerin von privatrechtlichen Rechten und Pflichten** (kann als solche beispielsweise Liegenschaften erwerben und veräußern, Gebäude mieten und vermieten, Grundstücke verpachten, Dienstleistungen in Auftrag geben oder Darlehen aufnehmen) und **Trägerin von subjektiv öffentlich-rechtlichen Rechten und Pflichten** (kann als solche beispielsweise eine Baubewilligung ansprechen und erhalten oder ein Gewerbe ausüben).

Sie hat das Recht, im Rahmen der Finanzverfassung ihren **Haushalt** selbstständig zu **führen** und **Abgaben auszuschreiben**.

Mit der Stellung der Gemeinde als Gebietskörperschaft mit dem Recht auf Selbstverwaltung und selbstständiger Wirtschaftskörper korrespondiert **der eigene Wirkungsbereich**: Zum eigenen Wirkungsbereich gehört die Wahrnehmung der der Gemeinde zukommenden privatrechtlichen und subjektiv öffentlich-rechtlichen Rechte und Pflichten, die Führung des Haushaltes und die Ausschreibung der Abgaben. Zum eigenen Wirkungsbereich gehören ferner jene Angelegenheiten, die im ausschließlichen oder überwiegenden Interesse der in der Gemeinde verkörperten örtlichen Gemein-

schaft gelegen und geeignet sind, durch diese Gemeinschaft innerhalb ihrer örtlichen Grenzen besorgt zu werden. Dazu zählen insbesondere die Bestellung der Gemeindeorgane, die Bestellung der Gemeindebediensteten und die Ausübung der Diensthöheit, die örtliche Raumplanung, die örtliche Bau- und Feuerpolizei, die örtliche Sicherheitspolizei und Sittlichkeitspolizei, die örtliche Veranstaltungspolizei, die Verwaltung der Verkehrsflächen der Gemeinde und die örtliche Straßenpolizei, die örtliche Gesundheitspolizei, die örtliche Marktpolizei, die Flurschutzpolizei udgl. Die Gemeinde hat die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches im Rahmen der Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes, in eigener Verantwortung, frei von Weisungen und unter Ausschluss eines Rechtsmittels an staatliche Behörden zu besorgen. Die Gemeinde ist in diesen Angelegenheiten der staatlichen Aufsicht nur insoweit unterworfen, dass sie die Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes nicht verletzt und ihre Gebarung sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig führt.

Die Gemeinde ist **Verwaltungssprengel**. Als Verwaltungssprengel ist sie der dem Bürger nächste Sprengel der staatlichen Verwaltung.

Mit der Stellung der Gemeinde als Verwaltungssprengel korrespondiert **der übertragene Wirkungsbereich**: Im übertragenen Wirkungsbereich der Gemeinde werden beispielsweise das Meldewesen und das Personenstands- und Staatsbürgerschaftswesen wahrgenommen, die Wählerevidenz geführt und statistische Erhebungen vorgenommen. Der Bürgermeister als das im übertragenen Wirkungsbereich zuständige Organ der Gemeinde hat die Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches aufgrund der Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes zu führen, ist dem Bund und dem Land gegenüber verantwortlich und an deren Weisungen gebunden und hat Rechtsmittel den staatlichen Behörden zur Entscheidung vorzulegen.

Der eigene und der übertragene Wirkungsbereich ist allen Gemeinden in gleicher Weise gewährleistet (**Grundsatz der Einheitsgemeinde**).

Auf Antrag einer Gemeinde kann die Besorgung einzelner Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches auf eine staatliche Behörde übertragen werden (etwa die Wahrnehmung baupolizeilicher Aufgaben im Zusammenhang mit gewerbe- oder wasserrechtlichen Verfahren auf die Bezirkshauptmannschaft).

Mehrere Gemeinden können miteinander einen Gemeindeverband bilden und dadurch die Besorgung ein-

zelner Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches gemeinsam sparsamer, wirtschaftlicher und zweckmäßiger wahrnehmen (Errichtung, Erhaltung und Betrieb einer Hauptschule, eines Alten- und Pflegeheimes oder eines regionalen Sammelkanals mit Kläranlage udgl.).

Mehrere Gemeinden können sich gegenseitig im Weg privatrechtlicher Formen der Zusammenarbeit (Vertrag, Gesellschaft nach bürgerlichem Recht) bei der Wahrnehmung von Aufgaben unterstützen (Mitnutzung eines Bautechnikers oder einer Buchhalterin, eines rechtskundigen Sachbearbeiters für schwierige Berufungen, einer Gemeindegewerkschaft oder verschiedener technischer Einrichtungen, Maschinen und Geräte udgl.).

Die interkommunale Zusammenarbeit bietet den beteiligten Gemeinden Möglichkeiten einer sinnvollen Entlastung.

Einzelne Gemeinden haben Teile ihrer Verwaltung (Immobilienverwaltung, Stadtwerk, Elektrizitätswerk udgl.) in eine Kommanditgesellschaft, eine Gesellschaft m. b. H. oder Aktiengesellschaft ausgegliedert. Die KG, GmbH, GmbH & Co KG oder AG sind von der Gemeinde verschiedene Rechtsträger. Es gilt fortan Unternehmens- bzw. Gesellschaftsrecht.

Die Gemeinde hat schließlich das Recht, in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches nach freier Selbstbestimmung **ortspolizeiliche Verordnungen** zur Abwehr unmittelbar zu erwartender oder zur Beseitigung bestehender, das örtliche Gemeinschaftsleben störender Missstände zu erlassen (Wasserleitungsordnung, Vorschriften zum Schutz von Parkanlagen und Spielplätzen, Verbot des Heizens mit festen und flüssigen Brennstoffen) und deren Nichtbefolgung als Verwaltungsübertretung zu erklären; solche Verordnungen dürfen nicht gegen bestehende Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes verstoßen. Die Durchsetzung solcher Verordnungen, insbesondere die Wahrnehmung der Kompetenz als Strafbehörde, obliegt dem Bürgermeister.

Ferner kann die Gemeinde durch Verordnungen Gesetze konkretisieren (**Durchführungsverordnungen**: örtliches Raumordnungskonzept, Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Halte- und Parkverbote, Kurzparkzonen und Wohnstraßen, Vorschriften über das Halten und Führen von Hunden, insbesondere den Maulkorb- und Leinenzwang) und Abgaben ausschreiben (**Abgabenverordnungen**: Hebesatz der Grundsteuer, Gebührenordnungen für Wasser, Kanal und Müll, Erschließungs- und Gehsteigbeitragssatz und gebührenpflichtige Kurzparkzonen).

GEMEINDEBESTAND UND ÄNDERUNGEN IM GEMEINDEBESTAND

Die Gemeinden Tirols werden in der Anlage zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 bezirksweise alphabetisch geordnet wiedergegeben. Das Land Tirol gliedert sich in diese Gemeinden. Jedes Grundstück muss zu einer Gemeinde gehören.

Die Entstehung der Gemeinden und deren Grenzen reicht weit in die Geschichte zurück. Maria-theresianische und josephinische Kataster künden bereits von den Gemeinden und ihren Grenzen. Die Gemeindegrenzen wurden zum Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch einen staatlich bestellten Geometer und je einen ortskundigen Vertrauensmann der Gemeinden abgegangen und genau aufgezeichnet (vorläufige und definitive Grenzbeschreibung). An diese Grenzen knüpfen die Gemeindeordnungen seit 1866 an.

Änderungen im Bestand der Gemeinden durch Vereinigung oder Änderung der Grenzen setzen eine Vereinbarung der beteiligten Gemeinden und eine Genehmigung der Landesregierung voraus. Eine Vereinigung von Gemeinden und Grenzänderungen gegen den Willen auch nur einer der beteiligten Gemeinden, die Teilung, Aufteilung und Errichtung einer Gemeinde bedürfen eines Landesgesetzes. Gebietsänderungen sind mit dem Beginn eines Kalenderjahres festzusetzen.

In einer Vereinbarung über die Änderung von Gemeindegrenzen ist der Verlauf der neuen Gemeindegrenzen genau zu bezeichnen und darauf zu achten, dass die örtliche Verbundenheit der Bewohner gewahrt und die Leistungsfähigkeit der Gemeinden gesichert ist. Über eine allfällige vermögensrechtliche Auseinandersetzung ist ein Einvernehmen zu erzielen.

GEMEINDENAMEN, ÄNDERUNG DES GEMEINDENAMENS, BEZEICHNUNG ALS MARKT- UND STADTGEMEINDE

Die Gemeinden (Ortschaften) führen ihren bisherigen **Namen**. Die genaue Schreibweise ist der Anlage zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 zu entnehmen.

Eine Änderung bedarf der Genehmigung der Landesregierung, die zu erteilen ist, wenn öffentliche Interessen nicht beeinträchtigt werden; eine solche Beeinträchtigung ist insbesondere dann anzunehmen, wenn der neue Name der Gemeinde (Ortschaft) mit dem Namen einer anderen Gemeinde im Bundesgebiet übereinstimmt oder mit diesem verwechselt werden kann.

Markt- und Stadtgemeinden behalten diese Bezeichnungen.

Marktgemeinden sind: Brixlegg, Fieberbrunn, Hopfgarten im Brixental, Jenbach, Kundl, Matrei am Brenner, Matrei in Osttirol, Mayrhofen, Nußdorf-Debant, Reutte, Rum, St. Johann in Tirol, Sillian, Steinach am Brenner, Telfs, Völs, Vomp, Wattens, Zell am Ziller und Zirl.

Stadtgemeinden sind: Hall in Tirol, Imst, Kitzbühel, Kufstein, Landeck, Lienz, Rattenberg, Schwaz, Vils und Wörgl.

Einer Gemeinde von besonderer regionaler Bedeutung kann die Landesregierung die Bezeichnung „Marktgemeinde“ verleihen. Die Bezeichnung „Stadtgemeinde“ wird durch Landesgesetz verliehen.

GEMEINDEWAPPEN UND GEMEINDESIEGEL

Die Gemeinden Tirols haben alle bereits ein **Gemeindewappen** verliehen erhalten und sind zur Führung und Verwendung ihres Gemeindewappens berechtigt. Die Führung und Verwendung des Gemeindewappens steht allein der Gemeinde und – in Wahrnehmung der Angelegenheiten der Gemeinde – den Gemeindeorganen (Bürgermeister, Gemeinderat und Gemeindevorstand) zu.

Die **Führung und die Verwendung des Gemeindewappens durch Dritte** bedarf einer Bewilligung der Gemeinde. Sie ist nur dann zu erteilen, wenn dies im besonderen Interesse der Gemeinde gelegen und ein nachteiliger Gebrauch nicht zu erwarten ist. Wenn auch nur eine der Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist, ist die Bewilligung zu entziehen. Die unbefugte Führung oder Verwendung eines Gemeindewappens durch Dritte stellt eine strafbare Handlung dar. Selbst die Führung und Verwendung eines Gemeindewappens mit einem Zusatz oder in einer veränderten verwechslungsfähigen Form ist strafbar. Die Strafkompetenz hat der Bürgermeister wahrzunehmen.

Im urkundlichen Verkehr ist ein **Gemeindegel** zu führen. Es hat den Namen der Gemeinde und des politischen Bezirks sowie das Gemeindewappen zu enthalten.

GEMEINDEBEWOHNER, GEMEINDEBÜRGER UND EHRUNGEN

Gemeindegewohner sind Personen, die in der Gemeinde ihren Hauptwohnsitz haben bzw. die ihren Hauptwohnsitz zwar nicht in der Gemeinde haben, aber über eine Liegenschaft oder einen Gewerbebetrieb im Gemeindegebiet verfügen. Aus den Gemeindegewohnern werden die **Gemeindegewohner** besonders hervorgehoben. Es sind das alle österreichischen Staatsbürger

und Staatsbürger eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union, die in der Gemeinde ihren Hauptwohnsitz haben.

Alle Gemeindebewohner haben an den Rechten und Pflichten nach den landesgesetzlichen Vorschriften **in gleicher Weise** teil; es ist daher nicht zulässig, innerhalb des Kreises der Gemeindebewohner zu privilegieren und zu diskriminieren. Lediglich für die Teilnahme an den Nutzungen des Gemeindegutes gelten nach altem Herkommen Sonderregeln.

Die Gemeinde kann Personen, die sich Verdienste um die Gemeinde erworben haben, ehren; solche **Ehrungen** können insbesondere in der Verleihung eines Ehrenringes, eines Verdienstzeichens oder einer Verdienstmedaille, im Fall besonderer Verdienste in der Ernennung zum Ehrenbürger bestehen. Sonderrechte oder Sonderpflichten werden damit nicht begründet. Eine Ehrung ist höchstpersönlich. Sie endet jedenfalls mit dem Tod des Geehrten. Sie erlischt vorzeitig, wenn der Geehrte wegen einer strafbaren Handlung, die zum Ausschluss vom Wahlrecht führt, rechtskräftig verurteilt worden ist.

DIE ORGANE DER GEMEINDE

(Selbstständige) Organe der Gemeinde sind der Gemeinderat, der Gemeindevorstand (in Stadtgemeinden der Stadtrat), die für wirtschaftliche Unternehmen (beispielsweise E-Werk) und Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit (beispielsweise Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallwirtschaft, Errichtung und Verwaltung von Wohn- und Geschäftsgebäuden) eingerichteten Ausschüsse und der Bürgermeister.

Gemeinderat, Gemeindevorstand und Ausschüsse sind Kollegialorgane (mehrere Personen treffen die Entscheidung), der Bürgermeister ist ein monokratisches Organ (eine Person trifft die Entscheidung). Gemeinderat, Gemeindevorstand, die für wirtschaftliche Unternehmen und Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit eingerichteten Ausschüsse und der Bürgermeister sind selbstständige Organe (treffen verbindliche Entscheidungen), die übrigen Ausschüsse, der Ortsvorsteher und das Gemeindeamt sind Hilfsorgane (haben vorbereitende und antragstellende, kontrollierende, vorbereitende und ausführende Aufgaben wahrzunehmen).

ZUSAMMENSETZUNG DER KOLLEGIALORGANE

Der **Gemeinderat** setzt sich je nach der Einwohnerzahl aus 9 bis 21 Mitgliedern zusammen. Die Wahl der Mitglieder des Gemeinderates regelt die Tiroler Gemeindevahlordnung 1994.

Scheidet ein Mitglied des Gemeinderates aus, so rückt das nächste Ersatzmitglied jener Gemeinderatspartei, der das ausgeschiedene Mitglied angehört hat, an seine Stelle vor. Ein Ersatzmitglied kann nach dem Ausscheiden eines bestimmten Mitgliedes aus dem Gemeinderat durch eine schriftliche Erklärung an den Bürgermeister auf das Vorrücken verzichten. In diesem Fall bleibt es Ersatzmitglied an der bisherigen Stelle und rückt das nächste Ersatzmitglied in den Gemeinderat vor.

Ist ein Mitglied des Gemeinderates verhindert, so tritt das nächste Ersatzmitglied jener Gemeinderatspartei, der das verhinderte Mitglied angehört, an seine Stelle. Ist das nächste Ersatzmitglied verhindert, so ist das in der Reihe der Ersatzmitglieder folgende Ersatzmitglied zu laden. Es liegt weder im Belieben eines Ersatzmitgliedes noch einer Gemeinderatspartei irgendein Ersatzmitglied in den Gemeinderat „zu schicken“.

Der **Gemeindevorstand** setzt sich aus dem Bürgermeister, einem oder zwei Bürgermeister-Stellvertretern und einem oder mehreren weiteren stimmberechtigten Mitgliedern zusammen. Der Bürgermeister führt den Vorsitz im Gemeindevorstand; wenn der Gemeinderatspartei, der er angehört, kein Anspruch auf Vertretung im Gemeindevorstand gebührt, kommt ihm nur eine beratende Stimme zu. In Gemeinden mit höchstens 1.000 Einwohnern ist ein Bürgermeister-Stellvertreter, in Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern sind zwei Bürgermeister-Stellvertreter zu wählen. In Gemeinden mit mehr als 1.000 und höchstens 5.000 Einwohnern kann ein zweiter Bürgermeister-Stellvertreter gewählt werden, wenn ein solcher für die Erfüllung der Aufgaben des Gemeindevorstandes erforderlich ist. Die Entscheidung des Gemeinderates über einen zweiten Bürgermeister-Stellvertreter bindet für die gesamte Funktionsperiode. Die Anzahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes ist mit einem Viertel der Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates begrenzt. Die Entscheidung des Gemeinderates über die Anzahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder bindet für die gesamte Funktionsperiode. Für jedes Mitglied des Gemeindevorstandes kann ein Ersatzmitglied vorgesehen werden. Dem Ersatzmitglied für den Bürgermeister oder für einen Bürgermeister-Stellvertreter kommen nur die Befugnisse eines weiteren stimmberechtigten Mitgliedes zu. Fehlt es an einem Ersatzmitglied und ist ein Mitglied des Gemeindevorstandes vorübergehend, voraussichtlich aber länger als drei Monate an der Ausübung des Amtes verhindert, so ist ein Ersatzmitglied zu wählen. Die Wahl des Bürgermeisters

und der übrigen Mitglieder des Gemeindevorstandes regelt die Tiroler Gemeindevahlordnung 1994.

Der Gemeinderat **kann** für wirtschaftliche Unternehmen, für Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit und für einzelne Bereiche der Verwaltung **ständige Ausschüsse** einrichten. Für einzelne Bereiche der Verwaltung können auch **nicht ständige Ausschüsse** eingerichtet werden. Die Aufgaben und die Anzahl der Ausschussmitglieder bestimmt der Gemeinderat. Der Gemeinderat **muss** zum Zweck der Überprüfung der Gebarung der Gemeinde auf ihre Gesetzmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, der regelmäßigen Kassenprüfung und Überprüfung der Einhaltung der Ansätze des Voranschlages und der jährlichen Vorprüfung des Rechnungsabschlusses einen **Überprüfungsausschuss** einrichten. Die Anzahl der Überprüfungs ausschussmitglieder bestimmt der Gemeinderat. Die Mitglieder und allfällige Ersatzmitglieder der Ausschüsse werden vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt. Zusätzlich können vom Gemeinderat in die Ausschüsse ständig oder nach Bedarf Mitglieder (Ersatzmitglieder) mit beratender Stimme berufen werden, die über besondere Sachkenntnisse im betreffenden Verwaltungsbereich verfügen oder den betroffenen Bevölkerungsgruppen angehören. In gesellschaftspolitisch wichtige Ausschüsse können beispielsweise Jugendliche, Frauen oder Senioren, in wirtschaftspolitisch wichtige Ausschüsse beispielsweise Wirtschaftstreibende, in einen Personalausschuss Vertreter der Bediensteten der Gemeinde einbezogen werden. Die Wahl der Mitglieder der Ausschüsse regelt die Tiroler Gemeindevahlordnung 1994, die Wahl des Obmannes (Stellvertreters) durch die Ausschussmitglieder aus ihrer Mitte die Tiroler Gemeindeordnung 2001.

FUNKTIONSPERIODE DER GEMEINDEORGANE

Die **Funktionsperiode** des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes, der ständigen Ausschüsse und des Bürgermeisters beträgt **sechs Jahre**. Sie beginnt mit der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates und endet mit der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderates, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Nach der Regelung der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994 obliegt die Einberufung des neu gewählten Gemeinderates zur konstituierenden Sitzung nicht dem noch amtierenden Bürgermeister, sondern bereits dem neu gewählten Bürgermeister bzw. dem an Lebensjahren ältesten Mitglied des neu gewählten Gemeinderates.

Selbstauflösung und Auflösung des Gemeinderates: Vor dem Ablauf der Funktionsperiode kann der Gemeinderat mit einer Mehrheit von wenigstens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen seine Auflösung beschließen. Ist der Gemeinderat dauernd beschlussunfähig oder eine geordnete Führung der Geschäfte der Gemeinde oder die Erfüllung der ihr gesetzlich obliegenden Aufgaben nicht mehr gewährleistet, so hat ihn die Landesregierung aufzulösen. In beiden Fällen erlöschen mit der Auflösung nicht nur die Mandate der Mitglieder des Gemeinderates, sondern verlieren auch der Bürgermeister, der (die) Bürgermeister-Stellvertreter, die weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes und die Mitglieder der Ausschüsse ihr Amt. Bis zur konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderates hat ein von der Landesregierung einzusetzender, von einem Beirat aus bisherigen politischen Funktionären der Gemeinde zu beratender Amtsverwalter die laufenden und unaufschiebbaren Angelegenheiten der Gemeinde wahrzunehmen.

Mandatsverlust und Amtsverlust: Vor dem Ablauf der Funktionsperiode ist ein Mitglied des Gemeinderates von der Landesregierung insbesondere dann des Mandats verlustig zu erklären, wenn nachträglich ein Umstand eintritt, der die Wählbarkeit ausgeschlossen hätte (Verlegung des Hauptwohnsitzes in eine andere Gemeinde), oder sich das Mitglied ohne triftigen Entschuldigungsgrund und trotz Aufforderung weigert, das Mandat auszuüben; als Weigerung der Ausübung des Mandates gilt ein dreimaliges aufeinander folgendes unentschuldigtes Fernbleiben von ordnungsgemäß einberufenen Sitzungen des Gemeinderates. Mit dem Verlust des Mandats tritt auch der Verlust eines vom Mitglied des Gemeinderates bekleideten Amtes ein.

Vor dem Ablauf der Funktionsperiode kann der Bürgermeister, ein Bürgermeister-Stellvertreter oder ein weiteres Mitglied des Gemeindevorstandes von der Landesregierung des Amtes verlustig erklärt werden, wenn sie in dem vom Land übertragenen Wirkungsbereich tätig geworden sind und vorsätzlich oder grob fahrlässig ein Gesetz oder eine Verordnung verletzt oder eine Weisung nicht beachtet haben. Der Amtsverlust ist nach dem Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz durch den Landeshauptmann auszusprechen, wenn sie in dem vom Bund übertragenen Wirkungsbereich tätig geworden sind. Die Mitgliedschaft zum Gemeinderat wird dadurch nicht berührt.

Mandatsverzicht und Amtsverzicht: Vor dem Ablauf der Funktionsperiode kann schließlich ein Mitglied

(Ersatzmitglied) des Gemeinderates durch schriftliche Erklärung auf sein Mandat, der Bürgermeister, ein Bürgermeister-Stellvertreter, ein weiteres Mitglied (Ersatzmitglied) des Gemeindevorstandes, der Obmann (Stellvertreter) oder ein Mitglied (Ersatzmitglied) eines Ausschusses durch schriftliche Erklärung auf sein Amt verzichten. Die Erklärung ist an den Bürgermeister, wenn es sich um den Bürgermeister selbst handelt, an den (ersten) Bürgermeister-Stellvertreter zu richten. Der Verzicht wird eine Woche nach dem Einlangen der Erklärung beim Gemeindeamt wirksam und unwiderruflich. Die Beisetzung einer Bedingung oder Befristung hat keine Rechtswirkung.

**AUFGABEN DES GEMEINDERATES
(DES GEMEINDEVORSTANDES UND DER AUSSCHÜSSE)
UND DES BÜRGERMEISTERS**

Entsprechend ihrer demokratischen Legitimation durch die Wahlberechtigten der Gemeinde kommen dem Gemeinderat und dem Bürgermeister herausragende Bedeutung zu. Dem **im Weg der Verhältniswahl** bestellten **Gemeinderat** kommt die **Stellung eines obersten Organs der Gemeinde** zu. Dem **im Weg der Mehrheitswahl** bestellten **Bürgermeister** kommt der **Vorsitz im Gemeinderat (Gemeindevorstand), die Führung der Geschäfte der Gemeinde und die Vertretung der Gemeinde nach außen** zu.

Dem Gemeinderat obliegt die **Entscheidung über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung und die Überwachung der übrigen Gemeindeorgane.**

Solche **Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung** sind:

1. Der Abschluss einer Vereinbarung über die Vereinigung zu einer neuen Gemeinde und über die Änderung der Gemeindegrenzen, die Änderung des Namens der Gemeinde (ihrer Ortschaften), die Erteilung und der Widerruf einer Bewilligung zur Führung und Verwendung des Gemeindegewappens durch Dritte, ein Antrag auf Übertragung einzelner Angelegenheiten auf eine staatliche Behörde, die Bildung eines Gemeindeverbandes, der Austritt aus einem Gemeindeverband und die Satzung des Gemeindeverbandes, die Einrichtung eines Ortsvorstehers und eines Ortsausschusses, die Ehrung von Personen;

2. die Festsetzung des Voranschlages und die Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Bewilligung, Ausgaben, die im Voranschlag nicht vorgesehen sind oder die dessen Ansätze übersteigen, zu leisten oder Ausgaben für einen anderen als den im Voranschlag vorgesehenen Zweck zu verwenden, die Anlegung und Auf-

lösung von Rücklagen, der Dienstpostenplan und der Stellenplan;

3. der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Liegenschaften;

4. die Errichtung von wirtschaftlichen Unternehmen, die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen, die Einrichtung von Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit, die Erlassung einer Satzung für wirtschaftliche Unternehmen und Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit, der Erwerb und die Veräußerung von Gesellschaftsanteilen;

5. die Verwirklichung und Finanzierung außerordentlicher Vorhaben;

6. die Aufnahme von Krediten, die Ermächtigung zur Aufnahme eines Kontokorrentkredites, den Abschluss von Leasingverträgen über unbewegliche Sachen, die Gewährung von Krediten, die Übernahme von Bürgschaften und sonstigen Haftungen, die Übernahme und Umwandlung von Schulden und die Gewährung von verlorenen Zuschüssen;

7. Abgabe und Annahme von sonstigen Erklärungen und der Abschluss von sonstigen Vereinbarungen, insbesondere über den Erwerb und die Veräußerung beweglicher Sachen und die Vergabe von Leistungen, wenn der Wert dieser Rechtsgeschäfte in der Gesamtabrechnung oder bei regelmäßig wiederkehrenden Vergaben der Jahresbetrag 5 v. H. der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes (nach Maßgabe des für das Kalenderjahr festgesetzten Voranschlages) übersteigt;

8. die Erlassung von Verordnungen;

9. die nachträgliche Genehmigung von dringenden Verfügungen des Bürgermeisters;

10. die Begründung oder Beendigung von Dienst-, Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen, deren Dauer sechs Monate übersteigt, die Zustimmung zur Bestellung und Abberufung des Gemeindeamtsleiters und des Finanzverwalters und dienstbehördliche Maßnahmen nach Maßgabe des Gemeindebeamtengesetzes;

11. die Einleitung einer Volksbefragung;

12. die Äußerung seiner Wünsche über die Führung der Gemeindeverwaltung in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde allgemein oder im Einzelfall in Entschlüssen.

Der **Gemeinderat kann dem Gemeindevorstand (Ausschüssen für wirtschaftliche Unternehmen und Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit) folgende Entscheidungen übertragen:**

1. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Liegenschaften;

2. die Verwirklichung und Finanzierung außerordentlicher Vorhaben;

3. die Gewährung von verlorenen Zuschüssen und die Bewilligung, außer- und überplanmäßige Ausgaben zu leisten;

4. die Abgabe und Annahme von sonstigen Erklärungen und den Abschluss von sonstigen Vereinbarungen, insbesondere den Erwerb und die Veräußerung beweglicher Sachen und die Vergabe von Leistungen, wenn der Wert dieser Rechtsgeschäfte in der Gesamtabrechnung oder bei regelmäßig wiederkehrenden Vergaben der Jahresbetrag 5 v. H. der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes übersteigt;

5. die Begründung oder Beendigung von Dienst-, Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen, deren Dauer sechs Monate übersteigt, und dienstbehördliche Maßnahmen nach Maßgabe des Gemeindebeamtengesetzes.

Im Übrigen kommt dem Gemeindevorstand die Vorbereitung und Antragstellung in allen der Entscheidung des Gemeinderates vorbehaltenen Angelegenheiten, soweit dafür nicht Ausschüsse für wirtschaftliche Unternehmen, für Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit oder für einzelne Bereiche der Verwaltung eingerichtet sind, zu.

Dem Bürgermeister obliegt die Entscheidung in allen Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich einem anderen Gemeindeorgan übertragen sind.

In diesem Zusammenhang zwei Bemerkungen:

In der Entscheidung des Gemeinderates über die Verwirklichung außerordentlicher Vorhaben sind die erforderlichen Grundsatzentscheidungen zu erblicken: beispielsweise ein Schulhaus zu erweitern, einen geeigneten Architekten auszuwählen und dessen Schulhauserweiterungsprojekt umzusetzen. Die jeweils folgenden Schritte bis zur schlüsselfertigen Übergabe obliegen entsprechend der Schwelle von 5 v. H. der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes dem Gemeinderat bzw. dem Bürgermeister, liegt die Schwelle in der Gemeinde etwa bei 150.000,- Euro und kostet die Schulhauserweiterung insgesamt 800.000,- Euro, so obliegt die Vergabe der Baumeisterarbeiten von 400.000,- Euro nach Maßgabe der im Voranschlag vorgesehenen Mittel dem Gemeinderat, die Vergabe der übrigen Arbeiten, wenn je übriger Arbeit jeweils weniger als 150.000,- Euro anfallen, nach Maßgabe der im Voranschlag vorgesehenen Mittel dem Bürgermeister.

Wird ein Vorhaben bereits im Voranschlag eindeutig bezeichnet, etwa: Asphaltierung oberer Feldweg 25.000,- Euro, so besteht kein Bedenken, wenn der Bür-

germeister nach Maßgabe der im Voranschlag vorgesehenen Mittel die Asphaltierung umsetzt. Scheinen im Voranschlag jedoch lediglich Asphaltierungen um 75.000,- Euro auf, so obliegt es dem Gemeinderat vorerst grundsätzlich zu bestimmen, welche Wege mit welchem Betrag asphaltiert werden sollen, und sodann dem Bürgermeister, die Asphaltierung nach Maßgabe der im Voranschlag vorgesehenen Mittel umzusetzen.

Der Bürgermeister kann in jeder seiner Entscheidung obliegenden Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde die Meinung des Gemeinderates einholen.

Dazu eine Bemerkung: Der Bürgermeister kann in den Sitzungen des Gemeinderates über von ihm bereits getroffene wichtige Vergabeentscheidungen berichten. Er kann zudem bereits vorher die Meinung des Gemeinderates zu einer von ihm beabsichtigten Vergabeentscheidung einholen. In der Praxis wird selbst in größeren Gemeinden bei Vergabeentscheidungen über 100.000,- Euro der Gemeinderat einbezogen. Lautet der Beschluss des Gemeinderates bei ihm vorbehaltenen Auftragsvergaben: „Der Gemeinderat beschließt, die Baumeisterarbeiten um 400.000,- Euro an den Baumeister XY zu vergeben.“, so lautet der Beschluss des Gemeinderates bei dem Bürgermeister vorbehaltenen Auftragsvergaben: „Der Gemeinderat beschließt, dass er mit der Vergabe der Installationsarbeiten um 75.000,- Euro an den Installateurmeister YZ durch den Bürgermeister einverstanden ist.“

Der Gemeinderat kann sein Recht zur Meinungsäußerung differenziert nach Aufgabengebieten, innerhalb von Aufgabengebieten allenfalls differenziert nach Schwellenwerten, dem Gemeindevorstand (einem für wirtschaftliche Unternehmen oder Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit eingerichteten Ausschuss) übertragen.

Der Bürgermeister kann in jenen dringenden Fällen, in denen das zuständige Gemeindeorgan nicht rechtzeitig einberufen, die Entscheidung wegen Gefahr im Verzug aber nicht aufgeschoben werden kann, die Angelegenheit allein entscheiden. Nach dienst- und arbeitsrechtlichen Vorschriften ist es beispielsweise notwendig, nach Vorliegen des Entlassungsgrundes unverzüglich die Entlassung auszusprechen. Der Bürgermeister hat danach unter ausdrücklicher Berufung auf die Gesetzesstelle die Entlassung auszusprechen. Die Entscheidung ist ohne unnötigen Aufschub dem zuständigen Gemeindeorgan zur nachträglichen Kenntnisnahme und (internen) Genehmigung vorzulegen.

Der **Bürgermeister hat die Beschlüsse der Gemeindeorgane zu vollziehen**. Eine Ausnahme besteht dann, wenn und insoweit solche Beschlüsse den Aufgabenbereich überschreiten, gegen ein Gesetz oder eine Verordnung verstoßen oder sonst offenbar den Interessen der Gemeinde zuwider laufen. In diesen Fällen ist der Bürgermeister verhalten, seine Bedenken den zuständigen Gemeindeorganen vorzuhalten und schließlich eine Weisung des Gemeinderates einzuholen. Werden der Aufgabenbereich des Kollegialorganes überschritten, gegen ein Gesetz oder eine Verordnung verstoßen oder überörtliche Interessen verletzt, so kann sich der Bürgermeister nur im Weg einer Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft, werden Interessen der Gemeinde verletzt, so kann er sich nur im Weg einer Volksbefragung der Verpflichtung, einen bedenklichen Beschluss vollziehen zu müssen, entziehen.

Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, ist der **Bürgermeister zur Erlassung von Bescheiden in den Angelegenheiten des eigenen und des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde** berufen. Er ist im Regelfall die **Behörde I. Instanz**. In den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches entscheidet der **Gemeindevorstand über Berufungen**.

Ist der Bürgermeister säumig, geht in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches die Entscheidungspflicht auf den Gemeindevorstand als sachlich in Betracht kommende Oberbehörde, ist der Gemeindevorstand säumig, geht die Entscheidungspflicht auf den Gemeinderat als höchste sachlich in Betracht kommende Oberbehörde über.

Dem **Bürgermeister obliegt schließlich die Durchsetzung der gemeindlichen Bescheide**.

In **Notstandsfällen** hat der Bürgermeister die Befugnis, allgemein verbindliche Anordnungen zu treffen, sofort vollziehbare einstweilige Verfügungen zur Durchsetzung unaufschiebbarer Maßnahmen zu erlassen, alle tauglichen Gemeindebewohner zur unentgeltlichen Hilfeleistung anzubieten und im unumgänglich notwendigen Umfang Eingriffe in das Privateigentum gegen angemessene Entschädigung vorzunehmen.

VERTRETUNG DES BÜRGERMEISTERS UND REFERENTEN

Die **Vertretung des verhinderten Bürgermeisters** obliegt dem Bürgermeister-Stellvertreter bzw. den Bürgermeister-Stellvertretern der Reihe nach, bei deren Verhinderung den weiteren Mitgliedern des Gemeindevorstandes in der Reihenfolge ihres Lebensalters.

Der **Bürgermeister kann einzelne Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zur Vorbereitung der Entscheidung Mitgliedern des Gemeinderates übertragen**. Der Bürgermeister bleibt verantwortlich; es ist daher konsequent, wenn er die betreffenden Mitglieder des Gemeinderates auswählt und diese an seine Weisung gebunden und ihm verantwortlich sind. Um diesen Mitgliedern des Gemeinderates entsprechende Arbeitsbedingungen zu schaffen, sind sie innerhalb ihres Aufgabenbereiches berechtigt, Bediensteten Weisungen zu erteilen, in Akten Einsicht zu nehmen, vom Bürgermeister die Einberufung einer Sitzung des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes oder eines Ausschusses und die Festsetzung von Verhandlungsgegenständen zu verlangen, im Gemeinderat, im Gemeindevorstand und in den Ausschüssen das Wort zu ergreifen, Fragen zu beantworten und Berichte abzugeben.

Der **Bürgermeister kann darüber hinaus dem (den) Bürgermeister-Stellvertreter(n) oder weiteren Mitgliedern des Gemeindevorstandes, denen er die Vorbereitung der Entscheidung einzelner Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung übertragen hat, auch die Vertretung der Gemeinde nach außen in seinem Namen übertragen**.

VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNGEN DER GEMEINDE

Der Bürgermeister und andere Mitglieder des Gemeindevorstandes, die die Gemeinde nach außen vertreten, haben zu beachten: Rechtsgeschäfte und sonstige Erklärungen, durch die die Gemeinde verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform, sofern nicht wegen der Geringfügigkeit oder der Art der Angelegenheit die mündliche Form üblich ist. Schriftstücke sind vom Bürgermeister (Vertreter) zu unterfertigen. Liegt der Willensbildung ein Beschluss eines kollegialen Gemeindeorgans zugrunde, so ist darauf Bezug zu nehmen. In diesen Fällen ist das Schriftstück vom Bürgermeister (Vertreter) und von je zwei Mitgliedern des betreffenden kollegialen Gemeindeorgans zu unterfertigen.

Der Bürgermeister kann die Berechtigung zur Unterfertigung von Schriftstücken und zur Abgabe mündlicher Erklärungen in seinem Namen Gemeindebediensteten, dem Direktor oder Schulwart einer Schule, deren gesetzlicher Schulerhalter die Gemeinde ist, dem Betriebsleiter und einem sonstigen Bediensteten eines wirtschaftlichen Unternehmens oder Betriebes mit marktbestimmter Tätigkeit übertragen. Die Verantwortung bleibt auch in diesen Fällen beim Bürgermeister.

ORTSVORSTEHER UND ORTSAUSSCHUSS

Im Interesse der besseren Anbindung entlegener Siedlungen an die Gemeindeverwaltung kann für einzelne Ortschaften ein Ortsvorsteher und ein Ortsausschuss eingerichtet werden. Die Bestellung und Abberufung des Ortsvorstehers obliegt dem Bürgermeister, die Berufung des Ortsausschusses durch den Bürgermeister hat aufgrund eines in einer Versammlung der aktiv Wahlberechtigten der Ortschaft erstatteten oder in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen über die Gemeinderatswahl im Weg eines örtlichen Wahlverfahrens zu Stande gekommenen Vorschlages aus den passiv Wahlberechtigten der Ortschaft zu erfolgen. Der Ortsvorsteher hat die örtlichen Geschäfte der Gemeindeverwaltung nach den Anordnungen des Bürgermeisters zu besorgen, der Ortsausschuss den Ortsvorsteher zu beraten und zu unterstützen.

GEMEINDEAMT

Das Gemeindeamt ist die Dienststelle aller Organe der Gemeinde. Die Mitarbeiter des Gemeindeamtes haben die verschiedenen administrativen Aufgaben wahrzunehmen.

Vorstand des Gemeindeamtes ist der **Bürgermeister**. Ihm obliegt die Obsorge für die erforderliche personelle und sachliche Ausstattung des Gemeindeamtes, die Wahrnehmung der dienst- und arbeitsrechtlichen Angelegenheiten der Gemeindebediensteten einschließlich des Bedienstetenschutzes, die Verfügung über die Verwendung der Gemeindebediensteten und das Weisungsrecht gegenüber den Gemeindebediensteten und gegenüber jenen Personen, die Aufgaben der Gemeinde als gesetzlicher Schulerhalter besorgen. Zur **Leitung des inneren Dienstes** des Gemeindeamtes ist ein **Amtsleiter** zu bestellen; der Amtsleiter hat unter der unmittelbaren Aufsicht des Bürgermeisters dessen Aufgaben im Gemeindeamt wahrzunehmen und für einen geordneten und einheitlichen Geschäftsgang zu sorgen.

KUNDMACHUNGEN IN DER GEMEINDE

Verordnungen von Gemeindeorganen und Rechtsakte, die einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung bedürfen, sowie alle an die Allgemeinheit gerichteten Mitteilungen sind, soweit – etwa in raumordnungsrechtlichen Vorschriften – gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, unverzüglich durch öffentlichen Anschlag

1. an der Amtstafel der Gemeinde für die Dauer von zwei Wochen und
2. in sonst ortsüblicher Weise

kundzumachen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortschaften, so ist die Kundmachung in jeder Ortschaft vorzunehmen. Der Kundmachungspflicht unterliegen im Interesse der Transparenz und Rechtssicherheit auch die verschiedenen vorhin erwähnten Aufgabenübertragungen vom Gemeinderat auf andere Kollegialorgane bzw. vom Bürgermeister auf Referenten und Mitarbeiter.

Verordnungen treten, soweit darin nichts anderes bestimmt ist, mit dem Ablauf des Tages des Anschlages an der Amtstafel der Gemeinde in Kraft. Verordnungen in Notstandsfällen treten bereits mit dem Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde, der Durchsage über Lautsprecher oder der Verlautbarung im Rundfunk in Kraft.

Verordnungen sind in ihrer jeweils geltenden Fassung im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsichtnahme während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden bereitzuhalten. Auf Verlangen sind gegen einen angemessenen Kostenersatz Kopien auszufolgen.

VERANTWORTUNG

Die Mitglieder des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse sind dem Gemeinderat für die Erfüllung ihrer Aufgaben verantwortlich.

Der Bürgermeister bzw. Mitglieder des Gemeinderates, denen der Bürgermeister die Besorgung einzelner Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung übertragen hat, sind

1. in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde, dem Gemeinderat
2. in den Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde aus dem Bereich der Landesvollziehung, der Landesregierung (nach dem Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz in den Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde aus dem Bereich der Bundesvollziehung dem Landeshauptmann) verantwortlich.

Die Verantwortlichkeit besteht einerseits in einer politischen Verantwortung: In den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde kann der Gemeinderat mit Beschluss seine Missbilligung zum Ausdruck bringen, in den Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches kann der Amtsverlust ausgesprochen werden.

Die Verantwortlichkeit besteht andererseits in einer zivilrechtlichen Verantwortung: In den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches kann der Gemeinderat die ihm verantwortlichen Funktionäre zivilrechtlich zur Verantwortung ziehen.

GESCHÄFTSORDNUNG DES GEMEINDERATES, DES GEMEINDE- VORSTANDES UND DER AUSSCHÜSSE

In der Tiroler Gemeindeordnung 2001 wird der **Mindeststandard einer Geschäftsordnung** für den Gemeinderat, den Gemeindevorstand und die Ausschüsse festgelegt. Die ausführlichen gesetzlichen Geschäftsordnungsbestimmungen gelten in allen Gemeinden unmittelbar; entsprechend den örtlichen Bedürfnissen, namentlich in größeren Gemeinden mit an Mitgliedern stärkeren Kollegialorganen, kann der Gemeinderat den Geschäftsgang der Sitzungen in einer eigenen Geschäftsordnung näher regeln, wobei auf die (im Folgenden zu beschreibenden) gesetzlichen Mindeststandards und auf die örtlichen Bedürfnisse entsprechend Bedacht zu nehmen ist.

Der Gemeinderat berät und beschließt in Sitzungen. Dasselbe gilt für den Gemeindevorstand und die Ausschüsse. Das bedeutet, dass Umlaufbeschlüsse nicht zulässig sind.

Der Einberufung der Sitzungen und der Festsetzung der Tagesordnung, der Beschlussfähigkeit und dem Abstimmungsverfahren kommen im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse besondere Bedeutung zu.

EINBERUFUNG UND TAGESORDNUNG

Die Einberufung der Sitzungen und die Festsetzung der Tagesordnung obliegt dem Bürgermeister. Die Tagesordnung hat die Verhandlungsgegenstände hinreichend genau zu bezeichnen.

Wenn es ein Drittel der Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung verlangt, hat der Bürgermeister den Gemeinderat innerhalb einer Woche zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen; der Beginn einer solchen Sitzung ist auf einen Tag innerhalb von zwei Wochen nach dem Einlangen des Verlangens beim Gemeindeamt festzulegen.

Wenn es ein Drittel der Mitglieder des Gemeinderates oder die Mehrheit der Mitglieder eines Ausschusses verlangt, ist der Bürgermeister verpflichtet, einen Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung zu setzen.

Über Verhandlungsgegenstände, die nicht in der bekannt gegebenen Tagesordnung enthalten sind, darf nur abgestimmt werden, wenn der Gemeinderat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder die Dringlichkeit zuerkennt. Der Beschluss über die Zuerkennung der Dringlichkeit ist in der Niederschrift ausdrücklich festzuhalten.

Die Tagesordnung einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderates ist mit dem Punkt „Anträge, Anfragen und Allfälliges“ abzuschließen.

Die Mitglieder des Gemeinderates sind rechtzeitig und schriftlich zu den Sitzungen einzuladen. Die Einladung hat den Ort, den Tag und die Uhrzeit des Beginns der Sitzung sowie die Tagesordnung zu enthalten. Die Einladung ist rechtzeitig, wenn sie spätestens fünf Tage vor dem Beginn der Sitzung beim Mitglied des Gemeinderates eingelangt ist. Die Einladung ist durch Boten oder die Post zuzustellen; nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel kann die Zustellung auch telegraphisch, fernschriftlich, im Weg automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise erfolgen. Eine Einladung per Telefax oder per E-Mail sollte erst dann erfolgen, wenn der Konsens mit den Betroffenen hergestellt ist.

Die Mitglieder des Gemeinderates sind nicht nur berechtigt sondern auch verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen. Im Fall der Verhinderung ist das Mitglied des Gemeinderates verpflichtet, dies dem Gemeindeamt unverzüglich bekannt zu geben, damit der Bürgermeister das nächste Ersatzmitglied einberufen kann. Die Verhinderung kann wegen Befangenheit auch nur für einen Tagesordnungspunkt bestehen. Die Verhinderung kann aus schwerwiegenden beruflichen oder privaten Gründen (Aus- und Fortbildung, Mutterschaft) auch länger dauern; in einem solchen Fall ist in der schriftlichen Entschuldigung die längere Dauer der Verhinderung bekannt zu geben, damit von vornherein das nächste Ersatzmitglied einberufen werden kann.

Die Regeln über die Einberufung der Sitzungen und die Festsetzung der Tagesordnung gelten für den Gemeindevorstand und die Ausschüsse sinngemäß. Neben dem Ausschussobmann ist auch der Bürgermeister berechtigt, die Ausschüsse zu Sitzungen einzuberufen und zu verlangen, dass ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird.

BEFANGENHEIT

Der Sinn der Befangenheitsbestimmungen liegt darin, eine unparteiische Amtsführung zu gewährleisten, nach außen hin jeden Schein der Parteilichkeit auszuschließen und endlich zu vermeiden, dass der Befangene in einen Gewissenskonflikt gerät.

Die Mitglieder der Kollegialorgane der Gemeinde sind, ausgenommen bei der Beratung und Beschlussfassung über Verordnungen und bei der Durchführung von

Wahlen, von der Beratung und Beschlussfassung über einen Verhandlungsgegenstand ausgeschlossen:

a) in den Angelegenheiten, in denen sie selbst, der andere Ehepartner oder eine Person, mit der sie in Lebensgemeinschaft leben, ein Verwandter oder Verschwägerter in auf- oder absteigender Linie, ein Geschwisterkind oder eine Person, die noch näher verwandt oder im gleichen Grad verschwägert ist, beteiligt sind;

b) in den Angelegenheiten ihrer Wahl- oder Pflegeeltern, Wahl- oder Pflegekinder, ihrer Mündel oder Pflegebefohlenen;

c) in den Angelegenheiten, in denen sie als Bevollmächtigte einer Partei bestellt waren oder noch bestellt sind;

d) wenn sonstige wichtige Gründe vorliegen, die geeignet sind, ihre volle Unbefangenheit in Zweifel zu ziehen.

Befangenheit liegt nicht vor, wenn der Verhandlungsgegenstand oder die Amtshandlung die Interessen einer Bevölkerungs- oder Berufsgruppe berührt und das Mitglied des Kollegialorgans die Interessen lediglich als deren Angehöriger zu vertreten hat.

Einem Mitglied des Gemeinderates, das durch eine Verordnung in besonderer Weise begünstigt wird (man denke an eine Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes) wird jedenfalls nahe gelegt, sich der Mitwirkung zu enthalten.

Befangene Personen haben ihre Befangenheit selbst wahrzunehmen. Im Zweifel hat das Kollegialorgan zu entscheiden, ob ein Befangenheitsgrund vorliegt.

Auch eine befangene Person hat auf Verlangen des Kollegialorgans an der Beratung zur Erteilung von Auskünften teilzunehmen.

Die Befangenheitsgründe gelten auch für den Bürgermeister. Bei Gefahr im Verzug hat das befangene Organ die unaufschiebbaren Amtshandlungen selbst vorzunehmen.

Ist der Gemeindevorstand wegen der Befangenheit der Mehrheit seiner Mitglieder in einem Verhandlungsgegenstand beschlussunfähig, so entscheidet darüber der Gemeinderat.

Verwaltungs- und abgabenverfahrensrechtliche Vorschriften über die Befangenheit von Organen werden durch die gemeinderechtlichen Befangenheitsbestimmungen nicht berührt, d. h. in allgemeinen Verwaltungsverfahren gelten die Befangenheitsbestimmungen des AVG 1991 und in Abgabenverfahren die Befangenheitsbestimmungen der Bundesabgabenordnung.

ÖFFENTLICHKEIT, AUSSCHLUSS DER ÖFFENTLICHKEIT, AMTSVERSCHWIEGENHEIT

Die Sitzungen des Gemeinderates sind öffentlich. Die Sitzungen des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse sind hingegen nicht öffentlich.

Nach Maßgabe des vorhandenen Platzes ist jedermann berechtigt, zuzuhören und sich Aufzeichnungen zu machen. Solche Aufzeichnungen können in schriftlichen oder Tonbandaufzeichnungen bestehen. Lediglich Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen sind – wegen der Eignung, Sitzungen zu stören – der Genehmigung des Bürgermeisters unterworfen. Zum Zweck der Information der Öffentlichkeit ist die Einberufung zu einer Sitzung des Gemeinderates gleichzeitig mit der Einladung der Mitglieder des Gemeinderates unter Bekanntgabe des Ortes, des Tages und der Uhrzeit des Sitzungsbeginns sowie der Tagesordnung durch öffentlichen Anschlag kundzumachen.

In Ausnahmefällen muss bzw. kann die Öffentlichkeit von einer Sitzung für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung über einen Verhandlungsgegenstand ausgeschlossen werden; ein solcher Beschluss erfordert eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder. Der Ausschluss der Öffentlichkeit ist bei sonstiger Nichtigkeit bei der Beratung und Beschlussfassung über den Voranschlag und den Rechnungsabschluss der Gemeinde, über die Ausschreibung der Gemeindeabgaben und über die Bezüge der Gemeindefunktionäre nicht zulässig.

Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn dies zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit geboten ist (siehe Art. 20 Abs. 3 B-VG: Danach sind alle mit Aufgaben der Gemeindeverwaltung betrauten Organe, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, zur Verschwiegenheit über alle ihnen ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet, deren Geheimhaltung im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, der umfassenden Landesverteidigung, der auswärtigen Beziehungen, im wirtschaftlichen Interesse einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, zur Vorbereitung einer Entscheidung oder im überwiegenden Interesse der Parteien geboten ist). Im Fall des Ausschlusses der Öffentlichkeit zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit ist von allen Mitgliedern des Gemeinderates strenges Stillschweigen zu bewahren; Zuwiderhandlungen sind nach § 310 Strafgesetzbuch strafbar.

Der Ausschluss der Öffentlichkeit kann auch damit gerechtfertigt werden, dass über ein sensibles Thema ohne den psychologischen Druck der anwesenden Öffentlichkeit beraten und beschlossen werden soll; in einem solchen Fall ist mit dem Abschluss des Tagesordnungspunktes das Ziel erreicht und eine wahrheitsgetreue Berichterstattung nicht mehr verwehrt.

Soweit über Verhandlungsgegenstände im Gemeindevorstand, namentlich in Berufungsverfahren, und in den Ausschüssen die Amtsverschwiegenheit zu wahren ist, gelten die vorstehenden Ausführungen sinngemäß.

VORSITZ, RECHTE EINZELNER MITGLIEDER DES GEMEINDERATES UND DER GEMEINDERATSPARTEIEN

Das Gesetz sieht eine straffe Vorsitzführung durch den **Bürgermeister** im Gemeinderat vor. Er führt den Vorsitz, eröffnet und schließt die Sitzungen, leitet die Verhandlung und handhabt die Geschäftsordnung. Er kann die Abfolge der Tagesordnungspunkte ändern oder bestimmen, dass Verhandlungsgegenstände, die in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, gemeinsam behandelt werden. Er kann einen Verhandlungsgegenstand von der Tagesordnung absetzen und, wenn dies aus zeitlichen Gründen oder zur Durchführung einer Beratung erforderlich ist, eine Sitzung des Gemeinderates unterbrechen. Er kann einem Mitglied des Gemeinderates, das von der Sache abweicht, den Ruf „zur Sache“, einem Mitglied des Gemeinderates, das in Reden oder Zwischenrufen den Anstand oder die Sitte verletzt oder beleidigende Äußerungen verwendet, den Ruf „zur Ordnung“ erteilen; nach dem zweiten derartigen Ruf kann er ihm das Wort entziehen. Wenn andauernde Störungen eine geordnete Beratung nicht mehr zulassen, kann der Bürgermeister die Sitzung unterbrechen oder vorzeitig schließen. Nach vorangegangener erfolgloser Ermahnung kann er schließlich störende Zuhörer entfernen oder den Zuhörerraum räumen lassen.

Das Gesetz stellt gleichzeitig sicher, dass sich die einzelnen **Mitglieder des Gemeinderates** entsprechend in die Beratungen einbringen können:

Das beginnt damit, dass jedes Mitglied des Gemeinderates nach Bekanntgabe der Tagesordnung **in die** den einzelnen Tagesordnungspunkten zugehörigen **Verhandlungsunterlagen Einsicht nehmen** kann. Die Einsichtnahme hat während der Amtsstunden im Gemeindegemeindeamt zu erfolgen; in der Geschäftsordnung des Gemeinderates kann eine weitergehende Möglichkeit der Einsichtnahme eröffnet werden. Einsicht nehmen heißt,

dass das Mitglied des Gemeinderates die Verhandlungsunterlagen durchsehen und sich durch Notizen oder durch Diktat in ein Tonband Aufzeichnungen machen kann. Wegen der im Hinblick auf Amtsverschwiegenheit und Datenschutz besonderen Sensibilität der Anfertigung von Kopien wurde davon Abstand genommen, einem Mitglied des Gemeinderates darüber hinaus einen Anspruch auf die Anfertigung von Kopien zu geben. Sofern sichergestellt ist, dass Kopien ausschließlich für die persönliche Vorbereitung verwendet werden, ist eine Anfertigung von Kopien nicht ausgeschlossen.

Jedes Mitglied des Gemeinderates kann **zur Geschäftsordnung und zu den einzelnen Verhandlungsgegenständen das Wort ergreifen**.

Jedes Mitglied des Gemeinderates kann während der Sitzungen **Anträge zur Geschäftsordnung und Anträge zu einem Verhandlungsgegenstand stellen**.

Anträge zur Geschäftsordnung sind

1. die Erhebung von Widerspruch, wenn der Bürgermeister einen Verhandlungsgegenstand von der Tagesordnung absetzt oder eine Sitzung des Gemeinderates unterbricht;

2. der Antrag auf Erteilung eines Rufes „zur Sache“ oder „zur Ordnung“ durch den Bürgermeister;

3. der Antrag auf Absetzung eines Verhandlungsgegenstandes von der Tagesordnung;

4. der Antrag auf Zuweisung eines Verhandlungsgegenstandes zur Vorberatung und Antragstellung an den Gemeindevorstand oder einen Ausschuss oder die Rückverweisung zur weiteren Vorberatung und Antragstellung an den Gemeindevorstand oder Ausschuss;

5. der Antrag auf Verkürzung der Redezeit, auf Schluss der Beratung oder auf Vertagung der Sitzung.

Anträge zu einem Verhandlungsgegenstand sind Anträge auf Annahme, Anträge auf Ablehnung, Abänderungs- oder Zusatzanträge.

Wird ein Antrag zur Geschäftsordnung oder zu einem Verhandlungsgegenstand gestellt, so ist darüber abzustimmen und entscheidet damit der Gemeinderat.

Zum Schutz der Gemeinderatsparteien ist festgelegt, dass für den Fall der Annahme eines Antrages auf Schluss der Beratung noch ein Redner jener Gemeinderatsparteien das Wort erhalten muss, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht zu Wort gekommen sind.

Ein Mitglied des Gemeinderates kann **jederzeit das Wort verlangen**,

1. „zur Geschäftsordnung“, wenn es auf einen geschäftsordnungswidrigen Verlauf der Sitzung oder auf sonstige Mängel der Geschäftsbehandlung hinweisen will, oder

„zur tatsächlichen Berichtigung“, wenn seiner Ansicht nach ein Sachverhalt unrichtig dargestellt wird.

Diese Wortmeldungen sind möglichst kurz zu fassen.

Zum Schutz eines Drittels der Mitglieder des Gemeinderates oder der Mehrheit der Mitglieder eines Ausschusses, die die Aufnahme eines Verhandlungsgegenstandes in die Tagesordnung verlangt haben, kann der Verhandlungsgegenstand nur im Einvernehmen mit den anwesenden Antragstellern abgesetzt werden.

Diese am Beispiel des Gemeinderates dargestellten Geschäftsordnungsregeln gelten sinngemäß auch für den Gemeindevorstand und die Ausschüsse.

Jedes Mitglied des Gemeinderates kann unter dem Tagesordnungspunkt „Anträge, Anfragen und Allfälliges“ **selbstständige Anträge** an den Gemeinderat stellen; solche Anträge können sich nur auf Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde beziehen. Soweit dies die Geschäftsordnung des Gemeinderates nicht näher regelt, können solche Anträge schriftlich oder mündlich vorgebracht werden. Solche Anträge sind, sofern ihnen nicht die Dringlichkeit zuerkannt wird, dem Gemeindevorstand, soweit der Gemeinderat besondere Ausschüsse eingerichtet hat, dem zuständigen Ausschuss zur Vorberatung und Beschlussempfehlung an den Gemeinderat zuzuweisen. Zur Vorberatung im Gemeindevorstand und in Ausschüssen ist das antragstellende Mitglied des Gemeinderates auf sein Verlangen mit beratender Stimme beizuziehen. Der Gemeinderat hat über einen selbstständigen Antrag ohne unnötigen Aufschub, längstens aber innerhalb von sechs Monaten abzustimmen.

Jedes Mitglied des Gemeinderates kann an den Bürgermeister oder an die Mitglieder des Gemeinderates, denen der Bürgermeister einen Geschäftsbereich zugewiesen hat, **Anfragen** stellen; die Anfragen haben sich auf Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches zu beziehen. Der Befragte hat die Anfragen zu beantworten oder die Beantwortung abzulehnen, wenn und insoweit gesetzliche Verschwiegenheitspflichten, namentlich im Grunde des Datenschutzes, dem entgegenstehen. Anfragen können schriftlich oder mündlich eingebracht werden. Schriftliche Anfragen sind unter dem Tagesordnungspunkt „Anträge, Anfragen und Allfälliges“ zu verlesen. Mündliche Anfragen sind unter dem Tagesordnungspunkt „Anträge, Anfragen und Allfälliges“ zu stellen und ihr wesentlicher Inhalt in der Niederschrift festzuhalten. Kann die Anfrage nicht in der selben Sitzung beantwortet werden, so ist sie längstens innerhalb von sechs Wochen nach der Sitzung schrift-

lich zu beantworten. Findet innerhalb dieser Frist eine weitere Sitzung des Gemeinderates statt, so kann die Anfrage unter dem Tagesordnungspunkt „Anträge, Anfragen und Allfälliges“ in dieser Sitzung auch mündlich beantwortet werden.

BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND ABSTIMMUNGSVERFAHREN

Der Gemeinderat ist **beschlussfähig**, wenn **mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend** ist.

Nach dem Schluss der Beratungen hat der Bürgermeister vorerst festzulegen, in welcher Reihenfolge über die Anträge abgestimmt werden soll. Die zur Abstimmung gebrachten Anträge sind genau zu bezeichnen.

Zu einem gültigen **Beschluss** des Gemeinderates ist, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, die **Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder** des Gemeinderates erforderlich. Eine **qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden Mitglieder** ist **erforderlich**: Ausschluss der Öffentlichkeit, Dringlichkeit, Einleitung einer Volksbefragung und Selbstauflösung des Gemeinderates. Stimmenthaltung gilt als Ablehnung, bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Abstimmungsverfahren: In der Regel ist offen durch Aufheben der Hand abzustimmen (offene Abstimmung). Ist das Abstimmungsergebnis zweifelhaft, so hat der Bürgermeister die Gegenprobe, eine neuerliche Abstimmung oder die Abstimmung durch Erheben von den Sitzen anzuordnen.

Der Gemeinderat kann mit einfacher Mehrheit beschließen, namentlich oder geheim abzustimmen. Zur namentlichen Abstimmung hat der Schriftführer die Namen aller Mitglieder des Gemeinderates zu verlesen; jedes Mitglied hat nach dem Aufruf seines Namens die Stimme abzugeben. Die Namen sind mit der abgegebenen Stimme in der Niederschrift festzuhalten. Die geheime Abstimmung ist mit Stimmzetteln durchzuführen.

Über die Besetzung von Stellen ist geheim abzustimmen. Der Gemeinderat kann mit einfacher Mehrheit beschließen, offen abzustimmen. Wahlen sind jedenfalls in geheimer Abstimmung durchzuführen.

Die Regeln über die Beschlussfähigkeit und das Abstimmungsverfahren gelten für den Gemeindevorstand und die Ausschüsse sinngemäß.

NIEDERSCHRIFTEN

Über jede **Sitzung des Gemeinderates** ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift hat den

Tag, den Beginn und das Ende der Sitzung, die Namen des Vorsitzenden, der übrigen Anwesenden und der entschuldigt und unentschuldigt ferngebliebenen Mitglieder des Gemeinderates, die Tagesordnung und den wesentlichen Verlauf der Beratungen, insbesondere alle in der Sitzung gestellten Anträge und die darüber gefassten Beschlüsse unter Anführung des Abstimmungsergebnisses zu enthalten. Mitglieder des Gemeinderates, die einem Beschluss nicht zugestimmt haben, können verlangen, dass die Tatsache des Nicht-Zustimmens in der Niederschrift festgehalten wird („Gemeinderat N stimmte mit Nein“).

Wurde die Öffentlichkeit von einer Sitzung des Gemeinderates oder von einzelnen Teilen ausgeschlossen, so darf die Niederschrift neben dem Tag, dem Beginn und dem Ende der Sitzung, dem Namen des Vorsitzenden, der übrigen Anwesenden und der entschuldigt und unentschuldigt ferngebliebenen Mitglieder des Gemeinderates und der Tagesordnung nur noch den Wortlaut der gefassten Beschlüsse enthalten. Das Weitere ist in einer gesonderten Niederschrift festzuhalten.

Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden, von zwei weiteren Mitgliedern des Gemeinderates und vom Schriftführer zu unterfertigen und bei den Gemeindeakten zu verwahren. Mit der Unterfertigung durch die genannten Personen wird die Niederschrift zur öffentlichen Urkunde.

Jeder Gemeinderatspartei ist eine Ausfertigung der Niederschrift zu übermitteln.

Jedermann kann während der Amtsstunden des Gemeindeamtes in die Niederschrift Einsicht nehmen. Die Einsichtnahme in die gesonderte Niederschrift ist auf die Mitglieder des Gemeinderates beschränkt.

Die Niederschrift über **Sitzungen des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse** ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterfertigen und bei den Gemeindeakten zu verwahren. Die Einsichtnahme in die Niederschrift über Sitzungen des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse ist auf die Mitglieder des Gemeinderates beschränkt.

VOLKSBEFRAGUNG

Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde, mit Ausnahme der Wahlen zu den Organen der Gemeinde, Gemeindeabgaben und der Begründung oder Beendigung von Dienst-, Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen, können einer Volksbefragung unterzogen werden. An einer Volksbefragung sind alle wahlberechtigten Gemeindebürger zur Teilnahme berechtigt.

Eine Volksbefragung können

1. wenigstens ein Sechstel der wahlberechtigten Gemeindebürger,

2. mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder der Gemeinderat, oder

3. wenn der Bürgermeister die Ansicht vertritt, dass der auf seinen Beschluss beharrende Gemeinderat Interessen der Gemeinde verletzt, der Bürgermeister verlangen. Im Verlangen nach der Volksbefragung ist auch die Frage zu formulieren. Die der Volksbefragung zugrunde zu legende Frage ist derart zu formulieren, dass ihre Beantwortung mit „JA“ oder „NEIN“ möglich ist. Hätte die geplante Maßnahme eine erhebliche Belastung des Haushaltes oder eine erhebliche Minderung der Einnahmen der Gemeinde zur Folge, so hat die Frage auch einen Vorschlag über die Bedeckung des Aufwandes oder den Ersatz des Ausfalles von Einnahmen zu enthalten.

Jeder Stimmberechtigte kann beim Gemeindeamt einen Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung einbringen. Anträge, die die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllen, sind abzuweisen. Im Übrigen ordnungsgemäße Anträge, denen lediglich die Unterschrift von wenigstens einem Sechstel der aktiv wahlberechtigten Gemeindebürger fehlt, sind innerhalb von zwei Wochen nach der Einbringung unter Anführung des Wortlautes der gestellten Frage kundzumachen. Die Kundmachung hat den Hinweis zu enthalten, dass es allen aktiv wahlberechtigten Gemeindebürgern frei steht, innerhalb von vier Wochen den Antrag durch Eintragung ihres Namens in eine im Gemeindeamt aufgelegte Liste zu unterstützen. Erhält der Antrag innerhalb der Auflegungsfrist nicht die erforderliche Unterstützung, so ist er abzuweisen.

Kommt die Initiative von wenigstens einem Sechstel der wahlberechtigten Gemeindebürger oder dem Gemeinderat, hat der Bürgermeister, kommt sie vom Bürgermeister, hat der Bürgermeister-Stellvertreter, die Volksbefragung innerhalb einer Woche auszuschreiben. Die Volksbefragung ist spätestens innerhalb von sieben Wochen nach der Ausschreibung an einem Sonntag oder einem anderen öffentlichen Ruhetag durchzuführen. Der Tag der Volksbefragung und die gestellte Frage sind mindestens zwei Wochen vorher kundzumachen.

Zur Durchführung der Volksbefragung sind amtliche Stimmzettel zu verwenden. Die Stimmzettel haben nach der Frage das Wort „JA“ und einen danebenliegenden Kreis und das Wort „NEIN“ und einen danebenliegenden Kreis zu enthalten. Die beiden Kreise sind in der-

selben Größe und Stärke, die Worte auch in der gleichen Schriftart darzustellen. Ein Stimmzettel ist gültig, wenn aus ihm zweifelsfrei hervorgeht, ob der Stimmberechtigte mit „JA“ oder „NEIN“ abgestimmt hat.

Das Ergebnis der Volksbefragung ist unverzüglich nach Vorliegen des Endergebnisses kundzumachen. Das Ergebnis ist nach dem Ablauf der Kundmachungsfrist (nach dem Vorliegen der Entscheidung über einen Einspruch an den Gemeinderat) in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates aufzunehmen. Das Ergebnis ist für den Gemeinderat rechtlich nicht verbindlich.

GEMEINDEVERSAMMLUNG

Der Bürgermeister hat wenigstens einmal jährlich in einer öffentlichen Gemeindeversammlung über die wichtigsten Angelegenheiten, die die Gemeinde seit der letzten Gemeindeversammlung betroffen haben, zu berichten und einen Ausblick auf die weiteren Vorhaben zu geben. Anschließend ist den Gemeindebewohnern Gelegenheit zur Abgabe einer Äußerung zu geben. Die Gemeindeversammlung kann auch für einzelne Teile der Gemeinde oder für einzelne Gruppen von Gemeindebewohnern gesondert abgehalten werden. Damit wird

dem Bürgermeister die Möglichkeit eröffnet, insbesondere mit Jugendlichen, Frauen, Senioren und anderen Bevölkerungsgruppen in einen besonderen Kontakt zu treten. Viele Gemeinden haben bereits bisher in vorbildlicher Weise Gemeindeversammlungen durchgeführt; ihnen und bisher säumigen Gemeinden wird damit eine weitere Chance gegeben, mit Gemeindebewohnern einen einer demokratischen Gesellschaft entsprechenden Meinungsaustausch zu führen. Zeit und Ort der Gemeindeversammlung sind mindestens zwei Wochen vorher kundzumachen.

PETITIONEN

Jeder Gemeindebewohner kann in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde mit Wünschen oder Beschwerden, sog. Petitionen, an die Gemeindeorgane herantreten. Sie sind schriftlich beim Gemeindeamt einzubringen und dem betreffenden Gemeindeorgan, im Fall eines Kollegialorgans dessen Mitgliedern, in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen. Das kann bei kurzen Petitionen durch Verlesen, bei umfangreichen Petitionen durch den Hinweis an die Mitglieder des Kollegialorgans geschehen, dass die Petition im Gemeindeamt aufliegt.

18.

Buchhinweis:

Kommentar zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 und Ergänzungsband

Beim Tiroler Gemeindeverband, Tel. Nr. 0512/587130, E-Mail: tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at, ist der Kommentar zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 von Brandmayr-Ludwig zum Preis von 50,- Euro und, aktualisiert und ergänzt durch Dr. Gerhard Brandmayr, ein Ergän-

zungsband zum Preis von 10,- Euro erhältlich. Bei gleichzeitigem Erwerb von Kommentar und Ergänzungsband kosten der Kommentar und der Ergänzungsband zusammen 57,- Euro.

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR MÄRZ 2010 (vorläufiges Ergebnis)		
	Februar 2010 (endgültig)	März 2010 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	108,1	109,3
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	119,6	120,9
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	125,8	127,2
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	164,5	166,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	255,8	258,6
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	448,8	453,8
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	571,8	578,2
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	573,7	580,1
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat März 2010 beträgt 109,3 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Februar 2010 um 1,1% gestiegen (Februar gegenüber Jänner 2010: + 0,2%). Gegenüber März 2009 ergibt sich eine Steigerung um 2,0% (Februar 2010/2009: + 1,0%).</p>		

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
 Amt der Tiroler Landesregierung,
 Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
 6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck